

# Merkel will in der Krise gegen den Strom schwimmen

Die Kanzlerin pfeift auf den Rat der Experten. Am CDU-Parteitag verteidigte Angela Merkel ihren Kurs gegen alle Kritik.

Von **Sascha Buchbinder, Stuttgart**

«Angela mutlos», «Madame No», «Zauderhafte Angela» – die Medien schiessen sich auf Angela Merkel ein. Zugleich wurde die Kanzlerin auch von Parteifreunden immer lauter wegen ihres zögerlichen Krisenmanagements kritisiert (vgl. Kasten). Die CDU erwartete deshalb am Montag einige klare Worte ihrer Chefin: eine Antwort auf die Kritik und eine Grundsatzrede, die den Menschen klar macht, wohin die Reise geht. Nächstes Jahr muss Merkel das Kanzleramt gegen die SPD verteidigen. Wie sie die Aufgabe packen will – die Partei hoffte auf eine klare Antwort.

## Demonstrative Gelassenheit

Die Kanzlerin selbst gab sich unbeirrt. Laut Angela Merkel ist die Sache simpel. «Jede schwäbische Hausfrau» habe schon vor der Krise gewusst: «Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.» So einfach ist laut Merkel der Kern der gegenwärtigen Probleme. So einfach, dass manchmal der Eindruck entstand, als nehme Merkel die dramatische Entwicklung nicht so schrecklich ernst. Sie wolle die Krise nicht kleinreden, «dennoch ist sie nichts gegen die Katastrophe, die Europa durchleiden musste, ehe es zur europäischen Einigung kam». Die Städte nur noch Ruinen, die Wirtschaft zerstört, Millionen getötet – ein drastischer Vergleich, mit dem Merkel die Relationen in ihrem Sinn zurechtrücken wollte.

Merkel meint, niemand wisse, welches Rezept das richtige wäre, um die drohende Depression abzufedern. Schliesslich sei die Politik «vor Herausforderungen gestellt, die so noch nicht da waren». Allerdings: Die eigenen Berater – die sogenannten Wirtschaftsweisen –, die OECD, die Weltbank und die meisten Ökonomen sind sich für einmal einig: Nötig wäre ein Konjunkturpaket von mindestens 25 Milliarden Euro. Merkel ficht die Expertenmeinung nicht an. «Warum ist die Welt in dieser schwierigen Lage? Doch auch, weil viel zu sehr Experten geglaubt wurde, die

keine Experten waren.» Sie selbst verlasse sich in dieser Krise lieber auf die praktische Vernunft. Von ihrer Partei forderte Merkel die Bereitschaft, «gegen den Strom zu schwimmen».

Etwas mehr als eine Stunde redete Merkel auf dem Parteitag. Es war eine lange Stunde. Weil: Was Merkel begeistert, sind sehr abstrakte Dinge. Ihr Herz schlägt für die Idee einer neuen Wirtschafts-Uno, einer neuen Weltfinanzordnung und der Möglichkeit, dass die Welt am deutschen

Wesen genesen könnte. Vom G-20-Gipfel schwärmte sie als einem historischen Ereignis, bei dem die Schwellenländer endlich miteinbezogen wurden. Nun gelte es, das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft zu einem weltweit gültigen Rahmen weiterzuentwickeln. Der Applaus der Delegierten für diese Träume war bestenfalls tapfer, die Reaktionen der Parteimitglieder nach der Rede eher verlegen.

Tatsächlich war die konkreteste Aussage Merkels wahrscheinlich die, dass sie

erst Anfang Januar entscheiden will, ob die bisher beschlossenen Massnahmen ausreichen. «Deutschland wird die Lage immer wieder neu analysieren. Deutschland wird sich alle Optionen offenhalten, um die Folgen der weltweiten Krise weiter wirkungsvoll zu bekämpfen, ich betone: alle Optionen», lautete die Passage.

Was das Wahljahr betrifft, so waren ihre Vorschläge für Wahlkampfthemen eher kleinteilig: Ein Verbot aktiver Sterbehilfe nannte sie an erster Stelle. Und kurz vor

Schluss gab es einen Augenblick, da schlug Angela Merkel auf dem Podium einen Funken, und der zündete auch im Publikum. Das war, als Merkel die Linkspartei als DDR-Erbin kritisierte und deren Politiker als Spitzbuben «oder sollte ich sagen, Spitzelbuben?» bezeichnete.

Es war ein eher matter Parteitag, aber angesichts der bevorstehenden Wahlen zeigten die Delegierten Geschlossenheit: Satte 94,8 Prozent bestätigten Merkel als Vorsitzende.



BILD TORSTEN SILZ/DDP

Das Zaudern. Merkels Schwäche? Die Bundeskanzlerin während ihrer Rede am CDU-Parteitag in Stuttgart.

## Offener Streit um Steuersenkungen

Stuttgart. – Sollte Deutschland die Steuern senken, um die Konjunktur anzukurbeln? Angela Merkel stimmt sich gegen die Idee. Steuersenkungen und ein einfacheres Steuersystem hat sie schon lange als Wahlkampfschlager für 2009 eingeplant. Aber warum 2010 möglich sein soll, was in der Krise zu teuer wäre, ist schwer zu vermitteln. In den letzten Tagen stieg die Zahl der Kritiker deshalb täglich. Am Parteitag drückte das Thema schwer und unausgesprochen auf die Stimmung. Eine Diskussion blieb aber aus.

Alle Erwartungen ruhten auf CSU-Chef Horst Seehofer, der in Stuttgart als Redner angekündigt war und angeblich Steuersenkungen im Umfang von 10 Milliarden Euro fordern wollte. Doch dann verzichtete der CSU-Chef plötzlich auf sein Grusswort. Angeblich hinderte die dramatische Notlage der bayerischen Landesbank ihn an einer Reise von München nach Stuttgart.

Der Einzige, der schliesslich Merkel offen die Stirn bot, war Friedrich Merz. Der von Merkel abservierte Ex-Fraktionschef und Ex-Wirtschaftssprecher forderte, Merkel solle wenigstens verhindern, dass die kalte Progression den Menschen ihre Lohnerhöhungen wegresse. Wenigstens das wäre bis zum 1. Januar 2009 umsetzbar, so Merz. Die CDU dürfe die «finanzpolitische Kompetenz nicht allein den Sozialdemokraten» überlassen. (sbu)

## Thailand vor Putsch ohne Panzer

In Bangkok wird ein Urteil des Verfassungsgerichts erwartet – und die Geburtstagsrede des Königs. Der bedrängten Regierung droht das Aus.

Von **Oliver Meiler, Singapur**

Die Thailänder haben schon viele Coups erlebt – 18 insgesamt seit 1932. Alles militärische, mit Panzer und Soldaten in den Strassen Bangkoks. Sie haben also eine gewisse Routine entwickelt. Nun aber kündigt sich für heute Dienstag, mitten in einer der grössten Staatskrisen in der Geschichte des Landes, ein neuartiger, unmilitärischer «Putsch» an, lanciert von den höchsten Richtern im Land.

Die thailändischen Verfassungsrichter werden nach langen Untersuchungen und Beratungen darüber befinden, ob die regierende People's Power Party (PPP), die Siegerin der Wahlen vom vergangenen Dezember, und zwei ihrer Koalitionspartner Wahlbetrug begangen haben und deshalb aufgelöst gehören. Der Vorwurf lautet auf Stimmenkauf.

### Stadt gegen Land

Löst das Verfassungsgericht die PPP tatsächlich auf, wie das die meisten politischen Analysten erwarten, dann dürfte die Regierungszeit von Premier Somchai Wongsawat sofort zu Ende sein. In der Regel ist ein solches Urteil an eine mehrjährige Verbannung der Parteiobere aus der Politik gebunden. Eines der möglichen Szenarien geht so: Das Verfassungsgericht beruft einen «Obersten Rat» mit einem Dutzend Mitgliedern ein, der einen Interims-Premier einsetzen würde. Diesem Rat käme

die Aufgabe zu, einige politische Reformen durchzusetzen, bevor das Parlament neu gewählt würde.

In der Vorstellung der Volksallianz für Demokratie (PAD), die seit letzter Woche neben dem Regierungssitz in Bangkok auch die beiden Flughäfen der Hauptstadt besetzt hält, würde unter dem neuen Regime nur noch ein Teil der Abgeordneten direkt vom Volk gewählt werden. Den Rest würden Korporationen und Institutionen nominieren – so auch die Armee.

Ein solches Szenario hätte wahrscheinlich zur Folge, dass die PAD die Blockade an den Flughäfen auflösen und sich des Triumphs rühmen würde. Gleichzeitig würde es die Gemüter der Gegenseite aufwiegeln. Die Anhänger von Regierungschef Somchai, dem Schwager des früheren Premiers Thaksin Shinawatra, der den Regierungssitz mittlerweile nach Chiang Mai in die Provinz verlegt hat, bezichtigen die Justiz zunehmend der Parteilichkeit. Einer der Anführer der Rothemden, wie sich die Sympathisanten der Regierung aus dem armen Nordosten Thailands in Abgrenzung zu den oppositionellen Gelbhemden aus Bangkok nennen, warf den Richtern vor, sie seien Instrumente in der Hand des monarchistisch-militärischen Establishments in der Hauptstadt.

Als Beleg für diese These führen sie die lange Serie von ungünstigen Urteilen an, die ihr Lager in den vergangenen eineinhalb Jahren getroffen habe. Und da kommt tatsächlich eine Menge zusammen: Nach dem Coup gegen Thaksin 2006 wurde dessen damalige Partei, Thai Rak Thai («Thais lieben Thais»), per Richterscheid aufgelöst. In ihrer Exponenten, inklusive Thaksin, wurden mit einem fünfjährigen Politikverbot belegt. Nach dem Wahlsieg der Nachfolgepartei PPP untersagte ein Gericht dem vorgeschlagenen Parla-

mentspräsidenten, das Amt aufzunehmen. Es warf ihm Wahlbetrug vor. Ähnliche Verfahren gegen die gegnerische Demokratische Partei endeten mit Freisprüchen.

Premierminister Samak Sundaravej wurde vor einigen Monaten zum Rücktritt gezwungen, nachdem ihn das Oberste Gericht wegen eines Verstosses gegen das Gesetz über Interessenskonflikte verurteilt hatte: Hobbykoch Samak hatte eine Gage bezogen für zwei Kochsendungen am thailändischen Fernsehen, die er trotz seines Regierungsamtes moderiert hatte.

### Thaksin im Exil in Dubai

Als weiteres Zeichen der Eingenommenheit deuten die Regierungsanhänger, dass die Familie Thaksin in den vergangenen Monaten in zwei ihrer vielen Verfahren wegen Korruption und Amtsmissbrauchs verurteilt worden ist. Ihr Privatvermögen auf thailändischen Bankkonten ist vom Staat eingefroren worden.

Die Familie ist seit den Schuldprüfen auf der Flucht. Thaksin hatte zuerst versucht, in Grossbritannien Asyl zu erhalten, liess dann aber von einem Antrag ab, als London beschloss, dem Unternehmer das Visum zu entziehen. Nun lebt er in Dubai, wendet sich gelegentlich aber über Fernsehinterviews und einmal schon mit einer Videobotschaft an die Seinen. Es gibt Befürchtungen, Thaksin könnte seine Anhänger zur Revolte aufrufen.

Für den Donnerstag wird die traditionelle Geburtstagsrede des Monarchen erwartet, die in der Regel mit subtilen politischen Anspielungen gespickt ist. König Bhumibol wird am Freitag 81 Jahre alt. Bisher hat der verehrte Herrscher zur Krise im Lande geschwiegen. Der Monarch wird wohl zur Besonnenheit mahnen.

## Das Misstrauen kennt keine Grenze

Zwischen den atomaren Mächten Pakistan und Indien wächst die Verstimmung. Die USA wollen schnell vermitteln.

Von **Oliver Meiler, Singapur**

Die Adjektive lauten «absolut» und «total». Die USA drängen Pakistan, umfassend mit Indien zu kooperieren, um die Anschläge von Mumbai von letzter Woche aufzuklären. Gemäss Hinweisen, die Indien vom einzigen überlebenden Terroristen, dem 21-jährigen Pakistaner Ajmal Mohammed Amir Kasab, und von gefundenen Übermittlungsgeräten erhält, sind die Anschläge in Pakistan von der islamischen Extremistengruppe Lashkar-e Taiba geplant und von Pakistanern verübt worden.

US-Aussenministerin Condoleezza Rice wird morgen Mittwoch in Delhi erwartet. Ziel der kurzfristigen anberaumten Visite soll es sein, die neuen Spannungen zwischen den beiden rivalisierenden Atom-mächten zu lockern und die Inder zur Mässigung im Ton gegenüber dem Nachbar zu bewegen.

In den pakistanischen Medien ist die Rede vom alten «Blame Game» der indischen Regierung, die immer dann anklagend nach Norden zeigen würde, wenn sie ihr eigenes Unvermögen kaschieren möchte. Es gibt aber auch versöhnlichere Töne. Die «Daily Times» schliesst ihren Kommentar so: «Wir haben dieselben Feinde. Wenn wir als Länder Freunde sein könnten, wäre alles besser.»

Ähnlich hört sich Asif Ali Zardari an, der Präsident Pakistans. In einem Interview mit einem indischen TV-Sender sagte Zardari: «Ich bin verletzt, ich blute. Eure Wunde erinnert mich an meine

Wunde, die auch noch sehr frisch ist. Ich stehe an der Seite des indischen Volkes. Ich stehe an der Seite der indischen Führung.» Zardaris Frau, die frühere Premierministerin Benazir Bhutto, war vor einem Jahr bei einem Attentat getötet worden. Angesprochen auf die Vorwürfe Delhis, antwortete der Pakistaner so: «Der Terrorismus ist eine regionale, eine globale Gefahr. Die Region muss geeint sein im Kampf gegen diese Gefahr.»

### Mächtiger Armeechef

Bei aller Vernunft der Worte Zardaris, der jüngst bereits einige löbliche Vorstösse gemacht hat, um den Friedensprozess mit Indien voranzubringen: Es ist fraglich, ob sie die Spannungen lockern werden und, vor allem, ob sie auch die Position der pakistanischen Armee reflektieren. Es gibt

einen Fall aus den letzten Tagen, der daran zweifeln lässt. Als Indiens Premier Manmohan Singh am letzten Freitag die Regierung in Islamabad aufforderte, den Chef des mächtigen und berüchtigten Militärgeheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) nach Delhi zu entsenden, damit der bei der Untersuchung der Anschläge helfe, sagte Premier Yousaf Raza Gilani sofort zu. Tags darauf nahm er die Zusage aber wieder zurück und sagte, Islamabad werde einen Direktor des ISI schicken, jedoch nicht den Generaldirektor.

In Islamabad gilt es als offenes Geheimnis, dass die Militärführung nicht geschlossen hinter der zivilen Regierung steht. Armeechef Ashfaq Pervez Kiani, früherer Chef des ISI, war von Ex-Präsidenten Pervez Musharraf ins Amt berufen worden, jenem Mann also, der von der amtierenden Regierung zum Rücktritt gezwungen worden ist. Zwischen Zardari, Gilani und Kiani soll es ständig Differenzen geben. Die pakistanischen Medien nennen sie zwar «Troika», doch am Ende, so heisst es, bestimmt der Armeechef.

## Wieder Alltag in Mumbai

Mumbai. – In der indischen Millionenstadt Mumbai ist am Montag wieder der Alltag eingeleitet. Schulen und viele Läden öffneten zum ersten Mal seit Beginn des Terrorangriffs vom Mittwoch wieder. Ein Gefühl der Unsicherheit war aber in weiten Teilen der Stadt zu spüren. Die Zahl der Toten beziffert die Behörden neuerdings auf 172; weitere 239 Menschen wurden verletzt. Inzwischen wurde auch die Durchsuchung des Taj-Mahal-Hotels beendet. In den 565 Zimmern des Hauses wurde in erster Linie nach versteckten Sprengfallen gefahndet. (AP)

### Eine Botschaft für die USA

Für die Amerikaner ist im Moment vor allem wichtig, dass die Pakistaner ihren Militäreinsatz an der Grenze zu Afghanistan aufrechterhalten und sich auf die Bekämpfung von Taliban und al-Qaida konzentrieren. In einer der ersten Reaktionen auf die Vorwürfe aus Delhi hiess es aus Islamabad, Pakistan erwäge die Verschlebung von 100 000 Soldaten von der Grenze zu Afghanistan an jene zu Indien, falls die Anwürfe nicht aufhörten. Die Botschaft war klar. Und sie galt den USA, die sich aus der Sicht der Pakistaner nach den Anschlägen von Mumbai allzu sehr mit Indien solidarisierten.